

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeigen und die Nummern der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf.

Verlegungen nehmen die Anzeigen und die Nummern der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf.

Telegraphische: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 100 Amt Leipzig Nr. 199

Nr. 33

Sonntag, den 8. Februar 1925

19. Jahrgang

Wolken über dem Rhein

Von Dr. Käth, Dr. d. R.

Die Regierung Luther steht außenpolitisch vor einer außerordentlich ersten Situation. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Sehnsucht Frankreichs, dauernd am Rhein zu bleiben, durch die bekannte Rede Herrlots neue Nahrung erhalten hat. „Unsere Unwesenheit am Rhein ist die wesentliche und leider vielleicht die letzte Garantie für die Sicherheit Frankreichs.“ Diese Worte sind nicht mißzuverstehen. Am Ende der Sicherheitswünsche Frankreichs steht ein autonomes und neutralisiertes Rheinland von Frankreichs Gnaden. Dieser Zustand würde sich nur der Form nach von einer Annexion unterscheiden. Was der deutsche Reichskanzler dem französischen Ministerpräsidenten geantwortet hat, war klar und würdig, und sicherlich ein druckvoller. Als wenn man Stresemann hätte reden lassen. Aber mit Worten allein wird es nicht getan sein, die Taten einer aktiven Politik werden folgen müssen. Die Regierung wird dabei das ganze deutsche Volk hinter sich haben. Frankreichs Herz ist ständig von einem Dolche bedroht, hat Herrlot ausgerufen; er und die Welt sollen wissen, daß umgekehrt ein nationales und wirtschaftliches Lebenszentrum des deutschen Volkes so lange gefährdet erscheint, als nicht die Gewähr der vertragsmäßig zugesicherten Räumung von Rhein und Ruhr gegeben ist. Wenn Herrlot glaubt, daß es in Deutschland auch nur eine einzige politische Strömung gibt, die das Verbleiben der Franzosen am Rhein anders empfinden würden, als daß „Deutschlands Herz ständig von einem Dolche bedroht“ ist, so befindet er sich in einem gewaltigen Irrtum. Herrlot hat im Tone des Bedauerns gesagt: „Bei den Führern des demokratischen Deutschland ist die moralische und geistige Abrüstung noch nicht vollendet.“ Glaubt er, durch sein jegliches Vorgehen auf deutscher Seite einer Politik der Verständigung ihre Arbeit zu erleichtern? Wenn Frankreich hofft, in demokratischen Kreisen eine „moralische und geistige Abrüstung“ erwarten zu können, die sich mit dem Verbleiben der Franzosen im besetzten Gebiet abfindet, dann wird er in alle Ewigkeit warten müssen. Klingt es nicht wie blutiger Hohn, daß Herrlot jetzt den Vorstoß über eine Friedensversammlung übernommen hat, die auf den französischen Schlachtfeldern ein Denkmal des Friedens der Völker errichten soll, daß er aber gleichzeitig die von ihm selbst mitgeschaffenen Verhinderungswollen Anfänge einer friedlichen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland gefährdet? „Wir sind zwei Völker, die sich versöhnen müssen, weil sie nur durch ihre Zusammenarbeit leben können.“ Herr Herrlot hat es ganz in der Hand, dieses sein Bekenntnis in die Tat umzusetzen. Er gebe die Methoden des Poincarismus auf, und er wird auf deutscher Seite eine Politik der Verständigung und Versöhnung ermöglichen.

Bei den Goldschmieden in Birmingham hat der britische Außenminister, der sehr ehrenwerte Herr Chamberlain, ebenfalls seine außenpolitischen Ansichten entwickelt, aber nur zwei winzige Goldbröckchen von Deutschen in seinen Worten finden. „Europa muß zunächst noch auf den Grundlagen aufgebaut werden, die den Völkern der alten Welt Frieden und Sicherheit bringen soll.“ Das ist das eine Wort. Die britische Politik kann viel zur Erfüllung beitragen, vor allem dann, wenn der zweite Satz Chamberlains nicht nur ein hohles Wort bleibt, sondern zur Tat wird: „Die Alliierten sind fest entschlossen, ihre Vertragspflichten zu erfüllen.“ Bis heute ist England eine substantiierte Antwort auf die Frage noch schuldig geblieben, warum es seine Vertragspflicht der Räumung Rhins am 10. Januar nicht erfüllt hat.

Kann sich all dem gegenüber im gegenwärtigen Augenblick und für die nächste Zukunft die deutsche Außenpolitik überhaupt aktiv betätigen? Luther hat bei seinem ersten Auftreten im Reichstag Frankreich gegenüber durchblicken lassen, daß Deutschland bereit sei, Vorschläge wegen der Räumung der Ruhr ernsthaft zu erwägen, falls solche von der Gegenseite gemacht werden. Das nennt man nicht aktive Politik, sondern Passivität. Weiter geht Luther schon in seiner Erwiderungsrede an Herrlot; er akzeptiert dessen programmatische Stichworte „Sicherheit, Abrüstung, Schiedsgericht“ und erklärt sich bereit, etwa nachgewiesene Verstöße gegen die Abrüstungsbestimmungen, falls solche nachgewiesen werden sollten, abzustellen. Uns scheint der Reichskanzler nach seiner außenpolitischen Veranlagung und nach seiner starken Initiative durchaus befähigt zu sein, darüber hinaus selbst konkrete Vorschläge von Regierung zu Regierung zu machen. Denn tatsächlich liegen die Dinge doch so, daß viel eher Deutschland Anlauf hat, von Frankreich und England Sicherheitsbestimmungen zu verlangen als umgekehrt, und daß Frankreich noch der Abrüstung Deutschlands gar nicht nachdenkt, die aber im Reichstag durchweg gefordert

Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung zu erwägen. Gewiß können wir keine mechanische Gewalt hinter unsere Forderungen stellen, aber zur diplomatischen Ohnmacht brauchen wir uns deswegen nicht selbst zu verurteilen. Mit dem Londoner Abkommen haben wir das Völkergeld für Rhein und Ruhr auf uns genommen, Amerika war und ist dabei in gewissem Sinne unser Treuhänder, wir dürfen kein Mittel unverzucht lassen, um die Gegenleistung herein zu bekommen. Das Londoner Abkommen wird seiner inneren Voraussetzung und seines Sinnes beraubt, wenn die Freiheit von Rhein und Ruhr noch eine offene Frage bleiben sollte. So groß und verhängnisvoll unsere politische Herrissenheit in Deutschland sein mag, darin sind wir alle einig: einen Frieden ohne freien deutschen Rhein kennt niemand, der sich Deutscher nennen darf!

Vertagung der Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich?

Paris, 6. Febr. Staatssekretär Trendelenburg hat sich in Begleitung Dr. Boermann heute 1/12 Uhr zu Handelsminister Raynaldi begeben. Die Unterhaltung dauerte zur Stunde noch an. Von ihrem Ausgang dürfte es abhängen, ob die beiden Delegationen im Laufe des Nachmittags zu einer Vollziehung zusammen treten. Die „Information“ weist darauf hin, daß die Verhandlungen in ein überaus kritisches Stadium eingetreten seien. Wenn Staatssekretär Trendelenburg daran festhalten werde, über die Bestimmungen des endgültigen Vertrages vor der Unterzeichnung des modus vivendi Zusagen zu erhalten, so bleibe nichts anderes übrig, als offiziell die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Delegationen festzustellen und die Verhandlungen auf einige Monate aufzuschieben. Mit einer Entscheidung sei noch heute zu rechnen.

Vorläufig keine Vollziehung. Paris, 6. Februar. Von maßgebender deutscher Seite wird mitgeteilt, daß die für heute nachmittag geplante Delegationsbesprechung vertagt werden mußte, da im Verlaufe der Besprechung zwischen Raynaldi und Trendelenburg am heutigen Vormittag sich erneut herausgestellt hat, daß die grundsätzliche Angleichung der beiderseitigen Standpunkte noch nicht soweit vorgeschritten sei, daß Vollziehungen Aussicht auf Erfolg hätten. Die deutsche Delegation ist nach wie vor bereit, ein Provisorium abzuschließen, sobald für befriedigende Zusagen für den endgültigen Vertrag erteilt werden.

Von deutscher Seite wird großes Gewicht auf die Feststellung gelegt, daß man vorläufig weiter verhandelt, auch in Abwesenheit Raynaldi, der morgen für 3 Tage verreisen wird. Zu Vollziehungen dürfte es jedoch erst nach seiner Rückkehr kommen. Die Besprechungen machen eine neue kritische Phase durch und daher hält die deutsche Delegation es vorläufig für richtig, keinerlei Presseberichte auszugeben. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der Bestimmungs der Pariser Morgenblätter der deutschen Delegation unverständlich ist und von ihr nicht geteilt wird.

Die Auskünfte des „Quai d'Orsay“ lauten dagegen äußerst unglücklich. Die Haltung der deutschen Delegation, so wird betont, sei voller Widersprüche und die Erklärungen, die von deutscher Seite heute früh abgegeben worden seien, ständen im schroffen Gegensatz zu den erst vor einigen Tagen angeforderten Lösungsmöglichkeiten.

Die neuen Forderungen der Eisenbahnarbeiter.

Die Gefahr neuer Tarifserhöhungen der Reichsbahn. Berlin, 6. Febr. Bekanntlich haben die Eisenbahnorganisationen das bestehende Lohnabkommen für die Reichsbahnarbeiter gekündigt und wollen am kommenden Dienstag mit dem Hauptverwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft über ihre Forderungen verhandeln. Die Lohnwünsche der Eisenbahner sind diesmal nicht gering, da im wesentlichen eine rund 20prozentige Heraussetzung der jetzigen Tarife verlangt wird. Ob diese Forderungen auch nur zum Teil erfüllbar sein werden, erscheint außerordentlich fraglich. Daneben bestehen ja bekanntlich auch Bestrebungen der Beamtenorganisationen, die vom Reichstag eine Neuregelung der Besoldung wünschen. Sollte das Parlament sich zu einer Heraussetzung der Beamtengehälter verstehen, gegen die das Finanzministerium übrigens warnend Bedenken geltend gemacht hat, so wäre auch für die Reichsbahn die Notwendigkeit gegeben, im Rahmen der allgemeinen Erhöhungen die Gehälter und Löhne für die Eisenbahner zu erhöhen. In diesem Falle würde allerdings die außerordentlich unerfreuliche und bedenkliche Notwendigkeit eintreten, zunächst mindestens die Personentarife zu erhöhen. Eine solche Maßnahme dürfte sich jedoch in ganz kurzer Zeit und zwar durchaus nicht im Sinne der Reichsbahnverwaltung realisieren lassen.

Soziale Fragen im Reichstag.

Berlin, 6. Febr. Die zweite Lesung des Haushaltsplans wird fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium. Es beginnt die Einzelberatung, zu der etwa 40 verschiedene Anträge aller Parteien vorliegen.

Abg. Karsten (Soz.) fordert eine Erhöhung der Invalidenrenten. Hunderttausende hätten allerdings bereits die Hoffnung aufgegeben, daß ihnen vom Reichstage Hilfe kommen kann.

Abg. Dr. Volldenhauer (D. Sp.) bedauert die Unternehmung gegen die Angriffe des Vorredners. Die Deutsche Volkspartei sei bereit, an dem Ausbau der Sozialversicherung mitzuarbeiten. Man dürfe allerdings nicht vergessen, daß die Sozialversicherung sowohl die gesamte Wirtschaft, als auch den Einzelunternehmer belastet.

Abg. Andre (Str.) erklärt, seine Partei werde auch unter der neuen Regierung eine gesunde Sozialpolitik fortsetzen.

Abg. Fiegler (Dem.) erklärt, das Ziel sei eine Sozialversicherung möglichst hoher Leistungen bei geringstem Aufwand sein. Notwendige Voraussetzung sei die Einschränkung der Verwaltungsausgaben. Der Redner nimmt die Ortskrankenkassen gegen Vorwürfe in Schutz und fordert ihre volle Selbstverwaltung.

Abg. Behrens (Dn.) weist auf die schweren Gefahren der Tuberkulose hin, deren Bekämpfung zu einer Volkssache gemacht werden müsse.

Abg. Schneider (Dem.) kritisiert die geringen Rentenleistungen der Angestelltenversicherung und fordert eine Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz.

Abg. Frau Schneider (Soz.) fordert Erhöhung der Mindesthöhe der Wochenhilfe um 50 Prozent, sowie Übernahme der Wochenfürsorge auf das Reich. Das Washingtoner Uebereinkommen über Wochenhilfe und Mutterschutz müsse schnelligst ratifiziert werden.

Ministerialdirektor Grieser kündigt einen entsprechenden Gesetzentwurf für die nächste Zeit an. Wegen Verbesserung der Wochenhilfe werde mit den Ländern Fühlung genommen. Eine Vollziehung der Wochenhilfe von der Wochenfürsorge sei nicht zu empfehlen.

Abg. Frau Dr. Aders (Dem.) erklärt, es habe keinen Sinn, daß die Regierung von Bevölkerungspolitik spreche, wenn sie nicht die Grundlage für die Ausfuhr einer gelunden Bevölkerung schaffe und die erforderlichen Mittel zur Verfügung stelle. Die Wochenfürsorge gehöre in das Fürsorgepflichtgesetz.

Damit schließt die Aussprache und das Kapitel Wochenhilfe wird in zweiter Beratung erledigt.

Es folgt die Besprechung über die sich auf das Arbeitsamt in Genf beziehenden Bestimmungen des Haushaltes.

Abg. Vambach (An.) wendet sich gegen die weitere Beteiligung Deutschlands am internationalen Arbeitsamt. Auf jeden Fall müsse die marginalische Vertretung Deutschlands abgeschafft werden. Von den 288 Angestellten des Amtes seien sechs Deutsche. So habe die Gleichberechtigung Deutschlands aus.

Abg. Kemmer (Dem.) weist darauf hin, daß die Deutschen früher die Beiträge für das Arbeitsamt ganz streichen wollten. Wenn heute ein solcher Antrag vorliegen würde, könnte man das gleiche Schauspiel erleben, wie bei der Auswertungsfrage, wo die Deutschen gegen ihren eigenen Antrag stimmten. Der Redner beantragt, aber die rüchständigen Beiträge mit dem Arbeitsamt eine Verständigung herbeizuführen, dabei aber mit allem Nachdruck auf die volle Gleichstellung Deutschlands und die Einführung der deutschen Aussprache hinzuwirken.

Abg. Stegerwald (Str.) beantragt, daß die Mittel für die Beiträge an das Internationale Arbeitsamt durch einen Nachtragsetat von der Regierung angefordert werden.

Darauf wird die Beratung abgeschlossen.

Präsident Bbe teilt mit, daß der Tagesorden Bauer (Soz.) sein Reichstagsmandat niedergelegt habe. (Beifall! Hört, hört! rufen.) Das Haus vertagt sich.

Der Verlehrsstat vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

Berlin, 6. Februar. Im Haushaltsausschuß des Reichstages teilte bei der weiteren Beratung des Verlehrsstat ein Vertreter des Finanzministeriums mit, daß die Verwaltungsratsmitglieder der Reichsbahngesellschaft jährlich 10 000 Mark bekämen. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses und die Mitglieder des Präsidiums erhielten für ihre besondere Mithaltung einen angemessenen Zuschlag, dessen Höhe auch etwa 10 000 Mark betrage. Angenommen wurde u. a. auch ein Antrag, den Kleinbahnenbauunterstützungsfonds von 2 auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Die Annahme erfolgte gegen den Widerspruch des Finanzministeriums. Morgen wird der Ausschuß in eine Debatte über den Verlehrsstat eintreten.